



HESSISCHER LANDTAG

03. 02. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Hessen an der Seite der Freiheitsbewegung im Iran – Schutz für Verfolgte und konsequente Umsetzung der EU-Sanktionen gegen das Mullah-Regime

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass seit Ende Dezember 2025 im Iran erneut landesweite Massenproteste ausgebrochen sind, in denen mutige Frauen und Männer für ihre Freiheitsrechte, politische Teilhabe und ein Leben ohne Unterdrückung auf die Straße gehen, die sich von Teheran auf zahlreiche Städte ausgetragen haben und von vielen Beobachterinnen und Beobachtern als schwerste Erschütterung des Regimes seit Jahren bewertet werden. So haben in Hessen zuletzt Tausende Menschen ihre Solidarität mit den Freiheitsprotesten im Iran auf die Straße getragen. Allein in Frankfurt versammelten sich am vergangenen Wochenende nach Angaben der Veranstalter rund 6.000 Demonstrierende, um gegen das iranische Regime zu protestieren und ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte zu setzen.
2. Der Landtag verurteilt die aktuelle, besonders brutale Repression des iranischen Regimes, das Sicherheitskräfte mit scharfer Munition gegen Demonstrierende einsetzt, Proteste gewaltsam auflöst, Krankenhäuser angreift, das Internet weitgehend abschaltet und so die Aufarbeitung möglicher Massaker erheblich erschwert. Menschenrechtsorganisationen berichten von mehreren Tausend getöteten Demonstrierenden, wobei die tatsächliche Zahl angesichts von Internetabschaltungen und Informationsblockaden noch deutlich höher liegen dürfte.
3. Der Landtag stellt fest, dass diese dramatische Zuspitzung der Lage im Iran unmittelbare Konsequenzen für iranische Schutzsuchende und Oppositionelle in Hessen hat, da ihnen im Falle einer Rückkehr in die Islamische Republik Iran – insbesondere bei tatsächlicher oder zugeschriebener Teilnahme an Protesten sowie bei einem Engagement in Exilstrukturen – Folter, langjährige Haft oder die Todesstrafe drohen können. In Hessen – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet – setzt sich eine iranische Exil-Community engagiert für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechte ein.
4. Der Landtag stellt fest, dass der bundesweite formale Abschiebungsstopp für Rückführungen in die Islamische Republik Iran Ende 2023 ausgelaufen ist, Hessen die reguläre Abschiebepraxis seither jedoch nicht wieder aufgenommen hat und weiterhin faktisch auf Abschiebungen verzichtet.
5. Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass die Europäische Union als Reaktion auf die jüngsten schweren Menschenrechtsverletzungen und die gewaltsame Niederschlagung der Proteste im Iran die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) in ihre Liste terroristischer Organisationen aufgenommen und die Sanktionen gegen das iranische Regime sowie gegen verantwortliche Funktionsträger deutlich ausgeweitet hat, einschließlich EU-weiter Reiseverbote, Kontensperrungen und des Einfrierens von Vermögenswerten.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen formalen landesweiten Abschiebestopp für Rückführungen in die Islamische Republik Iran zu erklären, der für alle iranischen Staatsangehörigen gilt, soweit nicht zwingende Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – insbesondere schwerste Straftaten oder eine Einordnung als Gefährder – entgegenstehen, und sich auf Bundesebene, insbesondere in der Innenministerkonferenz, für einen abgestimmten, befristeten und regelmäßig überprüften bundesweiten Abschiebestopp einzusetzen.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um iranische Oppositionelle und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in Hessen bestmöglich vor Bedrohungen, Übergriffen, Spionage und sonstiger Einflussnahme durch das iranische Regime oder ihm nahestehende Organisationen zu schützen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine konsequente Aufenthaltsbeendigung und Ausweisung von Personen erfolgt, die nachweislich für den iranischen Unterdrückungsapparat, insbesondere die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) oder iranische Nachrichtendienste, tätig sind oder diese unterstützen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Bundesministerium des Innern die Einstufung der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Organisation auf EU-Ebene durch ein umfassendes nationales Betätigungsverbot für die IRGC und ihnen zurechenbare Strukturen in Deutschland flankiert und die europäische Terrorlistung mit allen zur Verfügung stehenden straf-, sicherheits- und ordnungsrechtlichen Instrumenten konsequent umsetzt und durchsetzt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene weiterhin für eine Ausweitung der personenbezogenen Sanktionen gegen Verantwortungsträger des iranischen Regimes – insbesondere führende Mullahs, Militärs, Angehörige der Sicherheitsorgane, der Justiz sowie regimennahe Propagandastrukturen – einzusetzen, einschließlich umfassender Einreise- und Aufenthaltsverbote, Kontensperrungen und des Einfrierens von Vermögenswerten.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen,
 - a) dass der iranische Botschafter in Deutschland unverzüglich zur persona non grata erklärt und ausgewiesen wird,
 - b) dass der deutsche Botschafter aus Teheran bis auf Weiteres zu Konsultationen zurückgerufen wird,
 - c) dass sämtliche in Deutschland befindlichen Vermögenswerte und Konten der auf EU-Ebene gelisteten Funktionsträger des iranischen Regimes und ihnen zurechenbarer Organisationen vollständig eingefroren und streng überwacht werden,
 - d) und dass die Bundesregierung den strukturierten, regelmäßigen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen iranischen Opposition und der iranischen Zivilgesellschaft – insbesondere aus der Diaspora – intensiviert und diese systematisch in die deutsche und europäische Iran-Politik einbindet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. Februar 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas